

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

XXIV/206

Bonn, den 28. Oktober 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1	<u>KONTINUITÄT UND ERNEUERUNG</u> Zum Programm der Regierung Brandt-Scheel	48
- 2a	<u>Aufgaben, die sich die Bundesregierung in</u> der kommenden Legislaturperiode gestellt hat	103
- 4	<u>Von Hermann Müller zu Willy Brandt</u> Gedanken zur Regierungserklärung Von Wendelin Enders, MdB	83

SELBSTBESTIMMUNG UND EINGLIEDERUNG bringen heute:

Brandt: Sachliche Zusammenarbeit mit Polen
Wohner: Konsequente Fortentwicklung der bisherigen Außenpolitik
Vertrauenskapital mehren
Franke: Innerdeutsche Probleme einer Lösung entgegenführen
Keine nur deklamatorische Bekenntnisse
Patenschaft Kölns für Breslau
4.000 Aussiedler mehr als 1968
Große Deutsche aus Schlesien

KONTINUITÄT UND ERNEUERUNG

Zum Programm der Regierung Brandt-Scheel

Das heute vor dem Bundestag von Bundeskanzler Brandt dargelegte Regierungsprogramm läßt die Handschrift einer Mannschaft erkennen, die sich zur Aufgabe gestellt hat, die Kontinuität der Bundesrepublik Deutschland zu wahren und ihrer Erneuerung den Weg zu ebnen. Außen- und innenpolitisch will die Regierung Brandt-Scheel neue Akzente setzen, sie will das Bewährte auf bessere Fundamente stellen, damit die Nachkriegsgenerationen der Zukunft ohne Belastungen der Vergangenheit eine Bahn beschreiten können.

Oberstes Gesetz für die neue Bundesregierung ist die Sicherung des Friedens und die Erneuerung des gesellschaftlichen Bewußtseins aller Bürger unseres Staates. Brandt hat hierzu die Versicherung gegeben, die neue Regierung werde das öffentliche Gespräch mit allen Gruppen der Bevölkerung suchen, um dadurch die Basis der Mitverantwortung für das Gelingen im demokratischen Staat immer solider auszubauen.

Die Sicherung des Friedens nach innen und außen, betrachtet Brandt als eine Verpflichtung der neuen Bundesregierung gegenüber dem Volk.

Ausgleich der Interessen, verstärkter Schutz für die sozial Schwachen, Entfaltung der Bildungsmöglichkeiten für alle, Sicherung der Gesundheit und Sicherung im Alter.

Ständiges Bemühen, um von dem geregelten Nebeneinander zu einem Miteinander mit der DDR zu gelangen. Aussöhnung des deutschen Volkes auch mit seinen östlichen Nachbarn, Herbeiführung normaler Beziehungen zu allen Staaten, die es wünschen, ohne hierbei auf das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes zu verzichten. Intensive deutsche Bemühungen um das Zustandekommen einer europäischen Friedensordnung, in deren Rahmen die jetzt in Europa bestehende Verkrüppelung zwischen Ost und West gelöst werden kann.

Die Verwirklichung dieses Programms setzt die Modernisierung der Staatsapparatur voraus. Beweglichkeit, Anwendung des Leistungsprinzips in allen Bereichen der öffentlichen Verwaltung sowie Wirklichkeitsnähe bei der Überwindung auftretender Schwierigkeiten werden die Richtschnur für die Arbeit der neuen Bundesregierung sein.

Alles dies zusammengefaßt bedeutet eine Zäsur in der zwanzigjährigen Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Die Regierung Brandt-Scheel und die sie tragende Parlamentsmehrheit ist sich der Erwartungen, die draußen im Lande an ihr Programm geknüpft werden, voll bewußt. Diese Mehrheit wird es im Parlament nicht leicht haben. Sie muß damit rechnen, von einer starken Opposition ständig bedrängt und kontrolliert zu werden. Aber Opposition um der Opposition willen wird schnell entlarvt werden. Der neue Regierungschef ist nicht der Mann, der sich einschüchtern läßt. Er wird aber jeden konstruktiven Gedanken, der von der Opposition kommt, aufgreifen und in das von ihm erarbeitete Regierungskonzept einzufügen wissen. Diese Gewißheit kann die parlamentarische Opposition haben. Schon die nächsten Tage, während der Aussprache über die Regierungserklärung, werden zeigen, ob die Opposition die ihr gebotene Chance wahrzunehmen gedenkt.

+ + +

Aufgaben, die sich die Bundesregierung in
der kommenden Legislaturperiode gestellt hat

Reformpolitik:

- a) Gesetz über die Herabsetzung des aktiven Wahlalters von 21 auf 18 Jahre, des passiven Wahlalters von 25 auf 21 Jahre.
- b) Reform des Betriebsverfassungs- und Personalvertretungsgesetzes im Sinne einer formellen und materiellen Ausweitung.
- c) Mitbestimmung. Der Bericht der Mitbestimmungskommission wird geprüft und erörtert werden.
- d) Einberufung eines Gremiums, dem Politiker aus Bund, Ländern und Gemeinden, Verwaltungsbeamte und Wissenschaftler angehören, um Vorschläge zur Fortentwicklung der bundesstaatlichen Struktur auszuarbeiten.
- e) Flurbereinigung der Ressortzuständigkeiten; Modernisierung der Regierungstätigkeit.
- f) Verwaltungsreform und Reform des öffentlichen Dienstes im Sinne des Leistungsprinzips.

Bildungspolitik:

- a) Erarbeitung eines Bildungsplanes und Aufstellung eines nationalen Bildungsbudgets.
- b) Baldige Vorlage eines Hochschulrahmengesetzes.
- c) Ausbau der Hochschulen durch Rationalisierung des Bauverfahrens.
- d) Verbesserung der Personalstruktur im Bereich der Hochschulen und der staatlichen Forschungseinrichtungen.
- e) Einführung des Bildungsurlaubs.

Sozialpolitik

- a) Vorlage eines Sozialbudgets.
- b) Vorarbeiten für die Ausarbeitung eines sozialen Gesetzbuches.
- c) Zusammenfassung des Arbeitsrechts in einem Arbeitsgesetzbuch.
- d) Schrittweiser Abbau der festen Altersgrenzen, Rentenberechnung nach Punkten und Erweiterung der gesetzlichen Alterssicherung für neue Gesellschaftsgruppen.
- e) Entscheidung über die Erhöhung des Kindergeldes im Jahre 1970.
- f) Dynamisierung der Krankenversicherungspflicht-Grenze für Angestellte und Einführung des Arbeitsgeberbeitrages für alle Angestellte.
- g) Erhöhung und Dynamisierung der Kriegsofferrenten vom 1. Januar 1970 an.
- h) Bildung einer Sachverständigenkommission für eine Modernisierung der Krankenversicherung.

Wirtschafts- und Finanzpolitik

- a) Vorlage eines Entwurfs zum Ausbau der Vermögensbildung. Erweiterung des Vergünstigungsrahmens für tarifliche Vereinbarungen über vermögenswirksame Leistungen von 312,-- DM auf 624,-- DM.
- b) Verwirklichung der Steuerreform in dieser Legislaturperiode.
- c) Verdoppelung des Arbeitnehmer-Freibetrages vom 1. Januar 1970 an.

- a) Erleichterung und Aufhebung der Ergänzungsabgabe vom 1. Januar 1970 bzw. vom 31. Dezember 1970.
- b) Modernisierung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen zur Kontrolle der Unternehmenskonzentration.
- c) Einrichtung einer unabhängigen Monopolkommission für eine vorbeugende Fusionskontrolle, der auch die Presse unterworfen sein soll.

Rechtspolitik:

Portführung der Strafrechtsreform in dieser Legislaturperiode, der sich die weitere Reform des Strafvollzugs anschließen wird.

Reformnovelle zum Eherecht 1970 auf der Grundlage der Empfehlungen der Kommission.

Sofortprogramm zur Verbrechensbekämpfung.

Übertragung der Zuständigkeit für Verwaltungs- und Finanzgerichtsbarkeit auf den Bundesminister der Justiz.

Gesundheitspolitik:

Einrichtung eines Instituts für Sozial-Medizin und weiterer Ausbau der Krebsforschung und Krebsvorsorge.

Vorlage von Gesetzentwürfen zum ausreichenden Schutz vor Luft- und Wasserverunreinigung.

Vorlage eines Gesetzes zur wirtschaftlichen Sicherung eines Systems leistungsfähiger Krankenhäuser.

Vorlage eines umfassenden Gesetzentwurfes 1970 zur Reform des Lebensmittelrechts mit dem Ziel eines bestmöglichen Verbraucherschutzes.

Verabschiedung einer Verordnung im Frühjahr 1970 zur Reformierung und Modernisierung der ärztlichen Ausbildung.

Wohnungsbau und Raumordnung

Zügige Verabschiedung des Städtebauförderungsgesetzes als Grundlage einer Reform des Bodenrechts.

Ein Bundesraumordnungsprogramm soll die Zielvorstellungen für die räumliche Entwicklung der Bundesrepublik festlegen.

Die Bundesregierung wird ein langfristiges und gefächertes Programm des sozialen Wohnungsbaus vorlegen.

Die Bundesregierung wird das Wohngeidgesetz verbessern.

Verkehrspolitik:

Fortsetzung der in der letzten Legislaturperiode eingeleiteten Reformen mit dem Ziel, gleiche Wettbewerbsbedingungen für die Verkehrsträger zu schaffen.

Vorlage eines Fünfjahresplans zum Ausbau des Autobahn- und Bundesstraßen-Netzes; Chancenverbesserung strukturell schwacher Gebiete.

Verteidigungs- und Sicherheitspolitik:

Die Bundesregierung wird sich aktiv an den Arbeiten des vom NATO-Rat eingesetzten Ausschusses für die Probleme der modernen Gesellschaft beteiligen.

Koordinierung der Friedensforschung entsprechend der Initiative des Herrn Bundespräsidenten.

Verwirklichung einer größeren Wehrpflichtgerechtigkeit durch den Abbau von Ausnahmen und Befreiungen. Entbürokratisierung des Verfahrens bei Kriegsdienstverweigerern.

Außen- und Deutschlandpolitik:

Die Bundesregierung wird sich auf der Gipfelkonferenz in Den Haag für eine Vertiefung und Erweiterung der Gemeinschaft und eine verstärkte politische Zusammenarbeit einsetzen.

Beantwortung des sowjetischen Aide mémoire zum Gewaltverzicht und Terminvorschlag für Verhandlungen in Moskau.

Bereitschaft der Bundesregierung, Verhandlungen mit Polen aufzunehmen.

Unterzeichnung des Nichtverbreitungsvertrages, sobald die noch ausstehenden Klärungen herbeigeführt sind.

Erneutes Angebot von Verhandlungen mit der DDR.

Von Hermann Müller zu Willy Brandt

Gedanken zur Regierungserklärung

Von Wendelin Enders, MdB

Am 28. Oktober 1969 hat Bundeskanzler Willy Brandt seine Regierungserklärung vor dem Deutschen Bundestag abgegeben. Aus diesem Anlaß erinnerten sich viele Sozialdemokraten und politisch interessierte Bürger an den 3. Juli 1928, als der letzte sozialdemokratische Reichskanzler der Weimarer Republik vor dem Deutschen Reich die Grundzüge seiner Politik entwickelte. Das Studium der Regierungserklärung Hermann Müllers läßt klar erkennen, daß die Sozialdemokraten trotz mannigfacher Rückschläge ihrer politischen Linie treu geblieben sind. Es ist interessant zu vergleichen, welche Parallelität sich über Jahrzehnte hinweg erhalten hat. Viele politische Kernpunkte, die Hermann Müller am 3.7.1928 ansprach, hat Willy Brandt am 28. Oktober 1969 nachdrücklich unterstreichen können. So z.B.: "Die deutsche Außenpolitik verfolgt ihre Ziele in dem Willen zur friedlichen Verständigung unter Verzicht auf den Gedanken der Revanche." Sie erstrebt "in aufrichtiger Zusammenarbeit mit den anderen Regierungen, auf die politische und wirtschaftliche Konsolidierung Europas hinzuwirken".

"Die Erweiterung unserer handelsvertraglichen Beziehungen, insbesondere auch zu den östlich und südöstlich gelegenen Staaten", sieht auch die Bundesregierung nach Jahrzehnten "als eine wesentliche Aufgabe" an. Die wirtschaftspolitischen Zielsetzungen des Reichskanzlers Müller muten ebenso modern an, wie der umfangreiche Katalog sozialpolitischer Probleme, die er einer Lösung zuzuführen beabsichtigte. Er strebte eine Besserstellung der Kleinrentner, der kinderreichen Familien und der Kriegsbeschädigten an, kurz, es ging ihm darum, "die Rechte der Hilfsbedürftigen zu stärken".

In die gleiche Richtung zielen seine Überlegungen, "die drückende Steuerlast, die insbesondere auf den mittleren und unteren Schichten der Bevölkerung liegt", zu erleichtern.

"Einem ungerechtfertigten Ansteigen der Bodenpreise" will die Regierung Müller "ebenso entgegenreten wie sonstigen unberechtigten Gewinnen". "Sie wird die Bestrebungen fördern, durch rationellere Gestaltung des Bauwesens die Baukosten zu senken". Diese Grundgedanken der sozialdemokratischen Wohnungspolitik werden sicherlich weitgehend in dem zu erwartenden Städtebauförderungsgesetz ihren Niederschlag finden.

Die Regierung Müller bekundete ihren Willen, einen "ausreichenden, gut geschulten Nachwuchs an Arbeitern zu sichern". Diesem Ziel sollten u.a. ein Arbeitsschutzgesetz, ein Berufsausbildungsgesetz und die Umschulung von Arbeitskräften dienen. Es waren Vorstellungen, die gegen Ende der V. Legislaturperiode des Deutschen

Bundestag im wesentlichen aufgrund sozialdemokratischer Initiative, den Anforderungen unserer Zeit entsprechend, gesetzlich verankert wurden.

Ausführlich befaßte sich Müller vor dem Reichstag mit der Notlage der deutschen Landwirtschaft und mit den Möglichkeiten zur Wiederherstellung ihrer Rentabilität. "Demgemäß sollen die Maßnahmen des Reichs zur Förderung der Bodenverbesserung und zur Hebung der technischen Grundlagen der landwirtschaftlichen Erzeugung fortgeführt werden." Neben die Verbesserung der Produktion sollte eine "Verbesserung der Markt- und Absatzverhältnisse für die Erzeugnisse des deutschen Acker- und Gartenbaus und der deutschen Viehwirtschaft" treten. Während diese Forderung der 20er Jahre noch bestehen, treffen die Befürchtungen Müllers, eine verstärkte Abwanderung vom Lande würde den städtischen Arbeitsmarkt unerträglich belasten, heute nicht mehr zu. "Die Pflege der körperlichen, geistigen und sittlichen Gesundheit des deutschen Volkes" war eine ernste Sorge der Reichsregierung. Deshalb strebte sie Maßnahmen an zur Erforschung und Bekämpfung von Krankheiten, zur Herabminderung der Säuglingssterblichkeit und zur planmäßigen Volksbelehrung. Ebenso wie heutzutage war ihr die Förderung der Leibesübungen ein ernstes Anliegen.

Die Ausführungen Hermann Müllers über die Schul- und Bildungspolitik sind so aktuell und modern, daß sie noch nach Jahrzehnten volle Gültigkeit besitzen. "Die Reichsregierung wird bestrebt sein, das öffentliche Schulwesen organisch und sozial auszugestalten mit dem Ziele, allen Schichten des Volkes einen gleichen Anteil am deutschen Kulturgut zu sichern." Sie wird "sich besonders angelegen sein lassen, die großen Aufgaben der Technik, Forschung, Wissenschaft und Kunst mit allen Kräften zu fördern und die Notstände auf diesen Gebieten abzustellen."

Willy Brandt steht wie Hermann Müller vor mehr als 40 Jahren vor der gleichen Aufgabe, das "in der vorigen Wahlperiode nicht mehr zum Abschluß gebrachte große Gesetzgebungswerk der Strafrechtsreform alsbald wieder in Angriff zu nehmen." Auch "die Rechte der Beamten zu wahren" und "das Vertrauen aller Bevölkerungsschichten" in die Wehrmacht zu stärken, sind keineswegs überholte Forderungen vergangener Zeit.

Reichskanzler Müller betrachtete es als seine vornehmste Aufgabe, "unser Staatswesen in demokratischem Sinne auszubauen". Es ist für ihn selbstverständlich, "die Verfassung gegen jeden gesetzwidrigen Angriff, gleichviel von welcher Seite er kommen mag, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln" zu schützen.

(Das Protokoll vermerkt an dieser Stelle: Große Unruhe und Zurufe der Kommunisten.)